



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Ministerin Michaela Kaniber: „Deutschland könnte kurzfristig zusätzlich drei Millionen Menschen ein Jahr lang ernähren – Verweigerung ist falsch“**

Ministerin Michaela Kaniber: „Deutschland könnte kurzfristig zusätzlich drei Millionen Menschen ein Jahr lang ernähren – Verweigerung ist falsch“

2. Mai 2022

München – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat erneut an die humanitäre Verantwortung Deutschlands appelliert. Anlässlich der jüngsten Aussagen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zu den blockierten Exporten von Weizen aus der Ukraine sagte Ministerin Kaniber: „Putin zerstört mit seinem schrecklichen Angriffskrieg gezielt Getreidelager und Verkehrs- und Handelswege für wichtige Lebensmittel wie Weizen und provoziert dadurch Hungersnöte und Lebensmittelkrisen in vielen Teilen der Welt. Der Ansatz des Bundesministers, nun die Verkehrs- und Handelswege für den Export lebensnotwendiger Nahrungsmittel freizuhalten, ist zwar richtig. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Bundesregierung mit Vorschlägen, die in einem Kriegsgebiet noch dazu schwer umzusetzen sind, davon ablenken will, dass wir uns einem eigenen Beitrag zur Ernährung in den ärmeren Ländern verweigert haben. Wir in Deutschland hätten wie andere EU-Mitgliedsstaaten unseren Beitrag leisten können, in dem wir auf unseren Ökologischen Vorrangflächen für ein Jahr lang Nahrungsmittel produzieren. Wir könnten dadurch drei Millionen Menschen ein Jahr lang ernähren. Die EU-Kommission hat diese schnelle Hilfe anlässlich des Kriegs auch rechtlich ermöglicht. Andere EU-Länder setzen dies auch um. Es ist aber diese Bundesregierung, die lieber ideologische Prinzipienreiterei betreibt, als pragmatische Hilfen anzupacken. Das ist falsch und wird unserer humanitären Verantwortung nicht gerecht. Mit dieser Entscheidung verhindert die Bundesregierung die Versorgung der ärmsten der Armen mit Nahrungsmitteln. Darum appelliere ich noch einmal ausdrücklich an Cem Özdemir, alles was in unserer Macht steht, zu ermöglichen. Nur auf Maßnahmen zu verweisen, die wir nicht selbst umsetzen müssen und die auch in einem Kriegsgebiet nur schwer realisierbar sind, reicht nicht. Dabei geht es nicht um die Frage Ökologie oder Versorgung – wir in Bayern beweisen, dass beides zusammen geht.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

